



Gesundheitsförderung im Sinne der Ottawa-Charta der WHO versteht sich als ein von Bürgern gestaltetes Projekt und benötigt ein eigenes Instrumentarium, um in der Gesellschaft zu wirken.

Aus den bisherigen Erfahrungen lassen sich mindestens drei wesentliche Bereiche identifizieren, die weiter zu entwickeln sind:

I. Politisch-programmatische Ziele sowie Einladungen zur öffentlichen Beteiligung



Zur Orientierung sind wichtig eine kluge, entscheidungsorientierte Gesundheits-Berichterstattung, eine systematische Bürgerbeteiligung sowie eine prozessbegleitende Supervision und Evaluation. Zusammen mit der Moderation von Projekt- und Arbeitsgruppen sind dies neue Anforderungen an die Kommunalverwaltungen, auf die sie verstärkt vorbereitet werden müssen.

II. Investitionen in Orte der Gesundheitsförderung



Das Mehrebenen-Konzept der Gesundheitsförderung (Personen – Gruppen – Organisationen – Gemeinwesen – Gesellschaft) erfordert vielfältige Koordinationsleistungen, die eine tragfähige und wirkungsvolle Infrastruktur benötigen. Öffentliche Gemeinschaftseinrichtungen sollen dabei als anregende und unterstützende Orte der Information sowie für bürgerschaftliche Aktivitäten dienen und diese koordinieren. Entsprechende Initiativen haben viele Namen: Gesundheitsladen, Gesundheitszentrum, Gesundheitshaus, Selbsthilfe-Zentrum, Bürgerzentrum, Soziokulturelles Zentrum, Umweltzentrum, Agenda-Büro, Gesunde-Städte-Büro u. ä.

Diese Einrichtungen sind als Kristallisationspunkte bürgerschaftlichen Engagements dann am produktivsten, wenn dort kompetente Fachpersonen das

große Unterstützungspotenzial in der Kommune wirksam erschließen können. Für die Belebung bürgerschaftlichen Engagements und die Integration von Menschen mit eingeschränkter sozialer Teilhabe hat die Investition in Orte der Gesundheitsförderung daher eine herausragende Bedeutung. Solches Engagement zu fördern ist eine anspruchsvolle öffentliche Aufgabe. Hier sind nicht nur Kommunalverwaltungen, sondern auch Bildungseinrichtungen, öffentliche Medien, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kirchen und andere Organisationen mit Gemeinwohl-Interessen herausgefordert.

Konzepte einer sozialverpflichteten Gesundheitswirtschaft können dazu beitragen, die Beschäftigung von MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen nicht primär als Kostenfaktoren, sondern als eine soziale Leistung zu definieren und entsprechend auszuweisen. Politische Regelungen erschweren hingegen künftig Privatgewinne und Aktien-Dividenden durch das Ausnutzen von Krankheits- und Leidenssituationen der Menschen und ächten sie als unsittliches Handeln.

III. Neue Finanzierungsformen für die Gesundheitsförderung



Ein Zukunftsfonds „Gesundheitsförderung“ kann zwischen individueller Krankheitsversicherung und staatlicher Rahmenverantwortung neue Initiativen für eine gesundheitsfördernde Lebenskultur ermöglichen:

- Ein öffentlicher Fonds kann eine systematische Diskussion über gesundheitspolitische Entwicklungsziele in der Öffentlichkeit etablieren und eine Konsensbildung über wünschenswerte Zukunftsentwicklungen unterstützen.
- Ein öffentlicher Zukunftsfonds sollte auch private Beteiligungen, Zuwendungen und Schenkungen für die Gesundheitsförderung honorieren und würdigen. Das fördert die positive Identifikation für Menschen, die bereit sind, für eine ökologisch nachhaltige, solidarische und gesundheitsfördernde Form des Zusammenlebens persönlich zu investieren.

- Durch öffentliche Abgaben auf gesundheitsschädigende Produkte kann deren Verbreitung eingeschränkt, der Zukunftsfonds gefüllt und die Glaubwürdigkeit und Wirkung öffentlicher Gesundheitspolitik erhöht werden.
- Ein entsprechender Fonds sollte in einer subsidiären Form lokale Bürgerstiftungen unterstützen und in einem Verbund kommunale Entwicklungsprozesse fördern.
- Kommunale Bemühungen wie das Gesunde-Städte-Netzwerk oder die lokalen Initiativen zur Umsetzung der Agenda 21 bieten Anknüpfungspunkte für die Gründung und Tätigkeit von BürgerInnen-Stiftungen im Rahmen des Zukunftsfonds Gesundheit.

Große regionale Unterschiede und die Tatsache, dass viele öffentliche und verbandliche Unterstützungsmöglichkeiten eher oder ausschließlich auf der Landes- und Bundesebene zugänglich sind, machen allerdings subsidiäre Aktivitäten auch auf diesen Ebenen notwendig.

Die Salutive - das sozialökologische Heilmittel



Die skizzierten Bausteine der Salutive sind nicht neu. Sie greifen Initiativen und Projekte auf, die sich in den letzten 20 Jahren in der Entwicklung der Gesundheitsförderung in Europa im Rahmen der Leitprogramme der WHO bewährt haben. Neu wäre für Deutschland, dass sie zu einem öffentlichen Gemeinschaftsprogramm in der skizzierten Form verbunden und von den politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden aktiv aufgegriffen werden. Die Salutive kann zu einem sozial-ökologischen „Heilmittel“ im Übergang zu einer bürgerschaftlichen Zivilgesellschaft und zu einer herausragenden sozialen Erfindung am Beginn des 21. Jahrhunderts werden.

Wir laden Sie dazu ein, diesen Prozess in Ihrem Wirkungsbereich aktiv zu unterstützen und mit eigenen Ideen und Initiativen anzureichern.

Eine ausführliche Darstellung der Salutive erhalten Sie bei der Geschäftsstelle der GesundheitsAkademie.